



SEITE 2
Fairness in der Leiharbeit

SEITE 3
Sparopfer Elterngeld

SEITE 4
Sachgrundlose Befristung abschaffen



SEITE 5
Im Interview: Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

SEITE 6
Kein Ausstieg aus dem Atomausstieg



SEITE 7
Banken und Finanzakteure an den Kosten der Krise beteiligen

SEITE 8
SPD fordert nationalen Bildungspakt

GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 3/2010

Schwarz-Gelb gefährdet das Gemeinwohl

Das Sparpaket ist unfair und gefährlich.

Geht es nach Schwarz-Gelb, sollen vor allem Familien, Kinder und Arbeitslose für die Krise zahlen. Das Sparpaket der Bundesregierung schont die Vermögenden und gibt keine Impulse für den wirtschaftlichen Aufschwung. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Schon der Ansatz des Paketes ist falsch.

„Das Paket ist von vornherein falsch aufgestellt“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier. „Es kann nicht sein, dass die Koalition erst Steuergeschenke an ihre Klientel, an Hotelbesitzer und Unternehmer, verteilt und dann sagt: Das Geld, das wir da verschenkt haben, müssen jetzt Arbeitssuchende und Familien wieder aufbringen.“

Eine solche Politik habe mit sozialer Balance nichts zu tun, betont Frank-Walter Steinmeier und stellt klar: „Wer den staatlichen Zuschuss für Langzeitarbeitslose streicht und sich zugleich jedem Gedanken über eine Anhebung des Spitzensteuersatzes verweigert, der kann nicht ernsthaft erwarten, dass er dafür die Zustimmung von Sozialdemokraten bekommt.“

Das Sparpaket ist aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion aber nicht nur un-



Bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geht es auch um die Zukunft unserer Kinder: Je höher die Schulden sind, desto mehr Steuergeld werden sie aufbringen müssen, um die Zinsen zu bezahlen.

sozial, es gefährdet auch das Gemeinwohl. Eine ausschließlich aufs Sparen ausgerichtete Wirtschaftspolitik setzt die Konjunkturerholung aufs Spiel und vergrößert die Not der Kommunen, die

kaum mehr in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das Gegenmodell der Sozialdemokraten zum schwarz-gelben Sparpaket setzt deshalb auf Investitionsanreize für kleine und mittlere

Unternehmen, auf Sparen bei überflüssigen Subventionen und auf Einnahmeerhöhungen, beispielsweise durch einen höheren Spitzensteuersatz. ■

Mehr zum Thema: Seite 3 und 5

Unternehmensmitbestimmung erweitern

Die Krise hat gezeigt, wie wichtig Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen für den Standort Deutschland ist. Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten haben sich als Krisenmanager profiliert und eine zentrale Rolle bei der Sicherung von Arbeitsplätzen eingenommen. Die SPD-Bundestagsfraktion

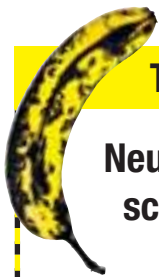
fordert als Lehre aus der Krise, die Unternehmensmitbestimmung zu erweitern. Dazu gehört etwa, die Mitbestimmung der Aufsichtsräte bei zentralen unternehmerischen Entscheidungen – wie Betriebsschließungen, Standortverlagerungen und Unternehmensverkäufen – gesetzlich festzuschreiben. ■

Mehr zum Thema: Seite 7

Es geht auch anders

Die SPD-Bundestagsfraktion will einen fairen Lastenausgleich. Die Vermögenden und die Verursacher der Krise müssen ihren Anteil an der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte tragen:

- durch eine Finanztransaktionssteuer auf spekulative Börsengeschäfte
- durch die Rücknahme der Steuersenkungen für Hoteliers und Gutbetuchte
- durch eine gerechte Besteuerung großer Vermögen
- durch einen höheren Spitzensteuersatz



Total Banane!

Neues aus der schwarz-gelben Welt

Sommerloch oder der Versuch, sich mit Hilfe der BILD in Szene zu setzen? Wir wissen nicht, was **Peter Trapp**, innenpolitischer Sprecher der Berliner CDU, motiviert hat, „Intelligenztests für Einwanderer“ zu fordern. Aber wir fragen uns, ob nicht stattdessen Intelligenztests zumindest für manche Politiker angebracht wären.

Wahrnehmungsschwierigkeiten zeigten nach der Wahl zum Bundespräsidenten alle Parteitippen der Koalition. FDP-Parteichef **Guido Westerwelle** versuchte es mit: „Eine eindeutige Mehrheit am Ende des Tages.“ Und **Horst Seehofer** (CSU) betonte: „Das Ergebnis am Ende war sehr gut.“

Größere Klarheit beweisen andere Koalitionspolitiker. Nachdem sie den „Start verpasst hat“, sieht der ehemalige FDP-Fraktionschef **Wolfgang Gerhardt** jetzt ein: Die Koalition hat auch den Neustart verpasst. Mit Blick auf die Umfragen riet Gerhardt seiner Partei zu „Markenpflege durch Selbstvertrauen, Klarheit und Bescheidenheit“. Im Sport gilt: Wer zweimal den Start verpasst hat, wird disqualifiziert.

Klar ist auch die Ansage von Gesundheitsminister **Philipp Rösler** (FDP), der schon im Februar wusste: „Wenn es mir nicht gelingt, ein vernünftiges Gesundheitssystem auf den Weg zu bringen, dann will mich keiner mehr als Gesundheitsminister haben.“

Währenddessen scheint Verkehrsminister **Peter Ramsauer** (CSU) noch im europäischen Nebel der Vulkanasche unterwegs zu sein. Er findet sich einfach nicht zurecht. Im Mai sagte er, auf seine Initiative hin habe der EU-Verkehrsminister verbindliche Regelungen bei einer erhöhten Konzentration von Vulkanasche in der Luft vereinbart. Jetzt fordert er wieder das Gleiche. Womit wir wieder bei der Frage nach Intelligenztests wären ...

Faire Regeln für Leiharbeit

SPD-Fraktion fordert Änderungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

// „Die Regierung muss endlich anerkennen: Zeitarbeit ist keine Brücke in stabile Beschäftigungsverhältnisse“, kritisiert die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion **Anette Kramme**. //

In ihrem Antrag „Fairness in der Leiharbeit“ fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der „das Schutzniveau für Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer angemessen an das der Stammbeschäftigung angleicht.“

Auch wenn Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) behauptet, der 11. Bericht der Bundesregierung zur Leih- bzw. Zeitarbeit zeige, „dass Zeitarbeit Brücken in Arbeit baut“, setzt der „Klebeffekt“ nicht ein, was

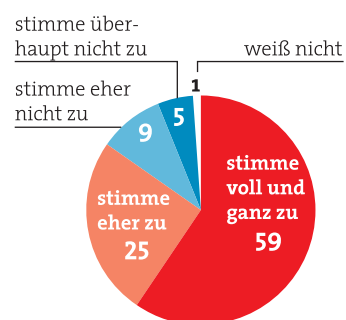
der Bericht sogar klar feststellt. Nur sieben Prozent der vormaligen Arbeitslosen schafften es nach aktuellen Ergebnissen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die Leiharbeit komplett hinter sich zu lassen.

Dabei haben 80 Prozent der Leiharbeitskräfte eine Berufsausbildung. Das IAB resümiert, Leiharbeit sei „für einen Großteil der Betroffenen nur der Start für eine dauerhafte ‚Zeitarbeitskarriere‘“.

Dabei geht es nicht nur um Lohnunterschiede, so Kramme. Die Sozialdemokraten wollen deshalb das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) an mehreren Punkten ändern: Der Grundsatz „Gleiches Geld – Gleiche Arbeit“ soll nach einer kurzen Einarbeitungszeit ausnahmslos gelten, die konzerninterne Verleihung ebenso eingeschränkt werden wie die Überlassungsdauer. Zudem fordert die SPD-Fraktion unter anderem mehr Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in den Entleihbetrieben. ■

Leiharbeit führt zu Lohndumping...

(Antworten in Prozent der Befragten)



Quelle: IG Metall/ TNS Infratest Politikforschung

Leiharbeit hat keinen guten Ruf. Das bestätigt eine repräsentative Umfrage durch TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der IG Metall. Danach fürchten 78 Prozent, dass Leiharbeit reguläre Arbeitsplätze verdrängt. Ebenso viele halten sie für „eine moderne Form der Ausbeutung“.



Rund 300 Betriebs- und Personalräte diskutierten Mitte Juni in Berlin auf der 14. Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion unter anderem mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion **Frank-Walter Steinmeier** sowie dem Parteivorsitzenden **Sigmar Gabriel** über kommende Herausforderungen im Kampf für starke Arbeitnehmerrechte. „Um die Zukunft der Arbeit fair zu gestalten, ist uns der Austausch zwischen den Arbeitnehmervertretern und der Politik sehr wichtig“, so **Anette Kramme**, die Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales.

Gesundheitsreform gescheitert

Nach heftigen Kontroversen in der Koalition hat sich die schwarz-gelbe Regierung nun auf höhere Beitragsätze und Zusatzbeiträge geeinigt. Die belasten vor allem kleine und mittlere Einkommen. So sollen die Beitragsätze im kommenden Jahr von 14,9 auf 15,5 Prozent erhöht werden. Zudem soll der Zusatzbeitrag für die gesetzliche Krankenversicherung künftig jedes Jahr neu berechnet werden, eine Obergrenze entfällt, die Krankenkassen entscheiden über die Höhe. Bislang sind die Zusatzbeiträge auf ein Prozent des Bruttoeinkommens oder 37,50 Euro

im Monat begrenzt. „Ein Wunder wurde versprochen. Stattdessen gibt es eine ganz gewöhnliche Erhöhung der Beitragsätze, die man so auch in der ersten Woche der Amtszeit dieser Regierung hätte beschließen können“, kommentierte der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Karl Lauterbach**. Einen „Offenbarungseid“ nannte der Vorsitzende der SPD-Fraktionschef **Frank-Walter Steinmeier** die angekündigten Maßnahmen. Rösler sei gescheitert und müsse zurücktreten. Das Versprechen „Mehr Netto vom Butto“ hat Schwarz-Gelb damit gebrochen. ■

Wettbewerb ohne Lohndumping

Mit einer Revision der EU-Entsenderichtlinie will die SPD-Bundestagsfraktion den fairen Wettbewerb ohne Lohndumping sichern und „gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ erreichen. In einem Antrag fordert sie die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die grundlegende Zielsetzung der Richtlinie stärker hervorgehoben wird.

„Wir fordern mit unserem Antrag eine arbeitsrechtliche Gleichstellung für die in einen Staat entsandten Arbeitskräfte mit den bei dort ansässigen Dienstleistern beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende **Frank-Walter Steinmeier**. Mit mehreren Urteilen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) sei die Entsenderichtlinie zur „Maximalrichtlinie“ erhoben worden, heißt es in der Begründung der SPD-Fraktion. Das hat zur Folge, dass aus Sicht des EuGH die Mitgliedstaaten über ein bestimmtes Schutzniveau für entsandte Beschäftigte nicht hinausgehen dürfen.

Notwendig ist die Revision ebenso wie ein gesetzlicher Mindestlohn aus Sicht der SPD vor allem auch deshalb, weil ab 1. Mai 2011 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU gilt. ■

Stark nur gegen die, die sich nicht wehren können

Schwarz-Gelb will, dass Familien, Kinder und Arbeitslose die Zeche der Krise zahlen.

Achtzig Milliarden Euro will die Bundesregierung bis 2014 einsparen. Bereits im nächsten Jahr sollen 11,1 Milliarden Euro weniger ausgegeben werden. Allein rund fünf Milliarden sollen aus den Bereichen Soziales, Arbeitsmarktförderung und Hilfen für Familien kommen. Gekürzt werden soll etwa bei den Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose, beim Elterngeld und bei Arbeitslosengeld-II-Empfängern.

Zwar wird die Regierungskoalition erst Anfang September ihr endgültiges Sparkonzept verabschieden, aber das Anfang Juni von CDU/CSU und FDP vorgelegte Sparpaket zeigt eindeutig die Richtung: Gespart werden soll vor

allem bei den Schwachen, im Arbeitsmarkt- und Sozialbereich. „Schwarz-Gelb ist schwach bei den Starken und stark nur gegen die Schwachen“, sagt Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Die Belastungen der Wirtschaft und der Vermögenden dagegen bleiben unscharf und wolkig. Völlig unklar ist beispielsweise, worin die angekündigte „Beteiligung des Bankensektors“ an den Kosten der Finanzkrise besteht. Die Bankenabgabe, wie sie vorgesehen ist, kommt nicht dem Bundeshaushalt zu Gute. Und beim Thema Finanztransaktionssteuer verweist die Kanzlerin immer wieder darauf, dass sich diese nur international verwirklichen ließe.

Viel einfacher ist es natürlich, national Einschnitte in die Arbeitsmarktpolitik, in die ALG-II-Struktur und in das Eltern- und Wohngeld zu beschließen und umzusetzen. „Schwarz-Gelb verschärft die Ungerechtigkeit der Lastenverteilung“, urteilt der SPD-Fraktionsvorsitzende.

Die Sozialdemokraten setzen sich dagegen für eine neue soziale Ordnung ein. „Wir wollen einen neuen Lastenausgleich, der Schluss macht mit Günstlingswirtschaft und Privilegien für die oberen Zehntausend“, so Steinmeier. ■

Mehr zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Ohne Ziel und Konzept



Von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Wir haben jetzt ein Dreivierteljahr hinter uns, in dem die Koalition nie in der Regierung angekommen ist. Sie hat die Verantwortung, das größte Land in der EU aus der Krise zu führen, nicht angenommen. Frau Merkel hat in der Wirtschafts- und Finanzpolitik Orientierung und Ziel verloren. Der letzte gemeinsame und kleinste Nenner der Bundesregierung ist die Konsolidierung der Haushalte.

Doch das Sparpaket der Bundesregierung hat soziale Schieflage. Gerade der Arbeitsmarkt- und der Sozialbereich sind überdurchschnittlich von massiven Kürzungen betroffen. Die Koalition ist zaghaft und zögernd bei der Finanzbranche, aber behandelt Hartz-IV-Empfänger rücksichtslos.

Angela Merkel verschärft Ungerechtigkeiten und spitzt die Vertrauenskrise in die Demokratie zu, wenn sie den Arbeitslosen die Zuschüsse zur Rentenversicherung, das Elterngeld und den Heizkostenzuschuss streicht. Sie handelt kurzsichtig, wenn sie 1,8 Milliarden Euro auf Kosten der gesetzlichen Rentenversicherung streicht. Sie agiert konzeptlos, wenn sie der Arbeitsmarktpolitik in den kommenden Jahren 16 Milliarden Euro entzieht. Auf diese Weise wird den Menschen, die Arbeit suchen, die Zukunft verbaut. Es droht der Zusammenbruch von Aktivierung und Förderung, die zu großen Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt geführt haben.

Wir haben die Regierung in den letzten Monaten nicht geschont. Sie versagt vor ihrer Verantwortung, ihre Politik ist unsozial und unausgewogen. Und deshalb werden wir weiterhin kraftvoll dagegenhalten. ■



Schwarz-Gelb will das Elterngeld für Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -empfänger ganz streichen. 300 Euro weniger im Monat haben katastrophale Auswirkungen gerade für Kinder, deren Eltern besonders wenig Geld zur Verfügung haben. „Damit werden viele Kinder zukünftig bereits von Geburt an benachteiligt: Familien zweiter Klasse, Kinder zweiter Klasse“, wertet Caren Marks, familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Sparopfer Elterngeld

Der Ausbau des Elterngeldes stand im schwarz-gelben Koalitionsvertrag. Doch statt das Elterngeld auszuweiten, wird es nun abgebaut, und zwar mit deutlich unsozialer Schlagseite: Hartz-IV-Eltern soll die Mindestsumme von 300 Euro komplett gestrichen werden. Zudem soll zukünftig das Elterngeld nur noch 65 Prozent des letzten Nettoerwerbseinkommens be-

tragen. Damit sind auch Eltern mit mittlerem Einkommen Verlierer dieser Sparvorschläge. Nur wer mehr als 2679 Euro netto verdient, erhält nach den Plänen von Schwarz-Gelb weiterhin den Maximalwert von 1800 Euro Elterngeld.

Sozial- wie gleichstellungspolitisch ist das aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion ein enormer Rückschritt. Es

sei zu befürchten, dass gerade Väter, die meist das höhere Einkommen beziehen, nun wieder seltener Elterngeld in Anspruch nehmen werden, urteilt Caren Marks, familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion: „So wird das einst als Erfolgsmodell gefeierte Elterngeld zum unsozialen Sparmodell der schwarz-gelben Regierung.“ ■

Sachgrundlose Befristung abschaffen

Die SPD will das Aufweichen des Kündigungsschutzes durch befristete Beschäftigung stoppen.

Sie machen Zugeständnisse beim Einkommen und bei den Arbeitsbedingungen, haben Angst, ihre Rechte einzufordern oder gehen krank zur Arbeit. Befristet Beschäftigte tragen auch persönlich Konsequenzen, wenn sie mangels Perspektive auf Familie verzichten oder sich auch nur ein Auto kaufen wollen. Inzwischen ist jede/r zehnte Arbeitnehmer/in befristet eingestellt.

Heute ist fast jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag befristet. Und Schwarz-Gelb will die befristeten Arbeitsverhältnisse noch ausdehnen. „Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes wird so einseitig zulasten der Arbeitnehmer vorangetrieben“, kritisiert Anette Kramme, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Die Regierung wolle of-

fenbar den Trend stützen, Befristungen zu nutzen, um Kündigungsschutzregelungen zu umgehen.

2,7 Millionen Menschen, knapp neun Prozent aller Beschäftigten, waren 2008 befristet eingestellt. Von allen neu geschlossenen Arbeitsverträgen war im ersten Halbjahr 2009 fast jeder zweite (47 Prozent) befristet. Acht Jahre zuvor lag ihr Anteil noch bei 32 Prozent. Diesen Trend will die SPD-Bundestagsfraktion stoppen und hat dazu im Bundestag Anfang Juni einen Antrag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die sachgrundlose Befristung abzuschaffen. Ziel ist, alle Formen der sachgrundlosen Befristung aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz zu streichen. Gestrichen werden sollen auch die Befristungsmöglichkeiten ohne Vorliegen eines Grundes in den ersten vier Jahren nach der Gründung eines Unternehmens sowie die Befristung bis zur Dauer von fünf Jahren für Beschäftigte über 51. „Mit sachgrundlosen Befristungen wird Beschäftigten eine langfristige Perspektive verweigert“, betont Anette Kramme. Durch ihre zunehmende Ausbreitung habe sich die sachgrundlose Befristung „zu einem Abbau des Kündigungsschutzes durch die Hintertür entwickelt“. ■

Vor allem jüngere Beschäftigte werden häufig nur befristet eingestellt.

Jung, ledig, befristet

Anteil der befristet Beschäftigten nach Alter 2008 (in Prozent)

| | |
|--------------------------|------|
| 15- bis unter 20-Jährige | 40,7 |
| 20- bis unter 25-Jährige | 26,5 |
| 30- bis unter 40-Jährige | 9,3 |
| 40- bis unter 50-Jährige | 6,1 |
| 50-Jährige und Ältere | 4,7 |

Quelle: Mikrozensus, Statistisches Bundesamt 2010

Besserer Kündigungsschutz bei Bagatelldelikten

Für die Berliner Kassiererin „Emmely“ hat sich der Kampf gegen ihre fristlose Kündigung gelohnt, sie arbeitet heute wieder an der Kasse. Viele andere jedoch, die wegen geringfügiger Vermögensdelikte – vom Verzehr eines Brötchens bis zum Aufladen des Privathandys im Betrieb – gekündigt wurden, scheiterten an der Rechtsauffassung der Arbeitsgerichte, die bis 2009 kompromisslos hieß: „Wer klaut, der fliegt.“

„Solche Kündigungen sind extrem hart“, kommentiert die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme. Deshalb hat die SPD-Fraktion bereits im Februar 2010 einen Gesetzentwurf zum verbesserten Kündigungsschutz

bei Bagatelldelikten eingebracht. Ziel ist, „dass verzehrte Frikadellen und andere Bagatellen künftig nicht mehr zum sofortigen Rausschmiss führen“. In einer Expertenanhörung vor dem Ausschuss Arbeit und Soziales am 28. Juni wurde die Fraktion in ihrer Haltung bestärkt. Die Mehrheit der geladenen Experten bestätigt, dass die Rechtsprechung in diesen Fällen bisher von einem „Null-Toleranz-Prinzip“ getragen ist. „Unser Ziel ist, den Automatismus zwischen Eigentumsdelikt und Kündigung bei geringem wirtschaftlichen Schaden zu unterbrechen“, betont Kramme. Deshalb soll zukünftig gelten: Erst muss abgemahnt werden, und nur im Wiederholungsfall kann gekündigt werden. ■

Nachgefragt



Noch nie war der Einstieg in den Job für junge Menschen so schwierig wie heute.

DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf erklärt, was die Gewerkschaftsjugend von der Politik erwartet, um der jungen Generation bessere Perspektiven zu geben.

Mehr als zwei Drittel aller jungen Beschäftigten sagen, dass sie „Angst um ihre berufliche Zukunft haben“, mehr als die Hälfte der Beschäftigten bis 30 ist von prekärer Beschäftigung betroffen. Sie sind befristet, in Zeitarbeit oder in Minijobs beschäftigt. Die junge Generation ist unfreiwillig zum Vorreiter einer flexiblen, prekären Arbeitswelt geworden.

Die Probleme beginnen bereits bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Aktuell fehlen bundesweit 94 000 betriebliche Ausbildungsplätze. Ziel muss sein, jedem Jugendlichen eine Ausbildung, möglichst im Betrieb, zu ermöglichen – auch denjenigen, die besondere Förderung brauchen. Statt hier die Anstrengungen zu erhöhen, will Schwarz-Gelb die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zusammenstreichen.

Selbst gut ausgebildete junge Menschen haben schlechte Chancen auf einen reibungslosen Einstieg in den Job. Nur ein Drittel der Ausgelernten wird übernommen. Die anderen sitzen auf der Straße oder werden mit schlecht bezahlter, prekärer Arbeit abgeseigt. Das gilt auch für Uni-Absolventen: Noch immer werden viele von ihnen als Praktikanten wie reguläre Beschäftigte eingesetzt, ohne entsprechend entlohnt zu werden. Um den Missbrauch von Praktika zu verhindern, hat die DGB-Jugend Vorschläge zu Dauer, Bezahlung und Definition erarbeitet. Der ehemalige Arbeitsminister Olaf Scholz hatte diese aufgegriffen und gesetzliche Klarstellungen vorgeschlagen. Diese werden bis heute von CDU/CSU und FDP blockiert. Junge Beschäftigte arbeiten mehr als andere in Zeitarbeit, in befristeten Arbeitsverhältnissen und im Niedriglohnbereich. Für die Gewerkschaftsjugend steht deshalb fest: Zeitarbeit darf nicht länger zur Verdrängung regulärer Beschäftigung führen. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss auch für Leiharbeiterinnen und -arbeiter gelten. Sachgrundlose Befristungen von Beschäftigungsverhältnissen gehören abgeschafft, und ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro muss eingeführt werden. ■

Tarifeinheit erhalten

Ende Juni hat das Bundesarbeitsgericht in einem Urteil den Grundsatz der Tarifeinheit endgültig gekippt. Spartengewerkschaften mit besonders gefragten Beschäftigten konnten bislang nur dann für eigene Tarifverträge kämpfen, wenn ein bestehender Flächentarifvertrag ausgelaufen war. „Kommt es nun zur Zersplitterung des Tarifvertragssystems mit einer Spaltung der Belegschaften und einer Vervielfachung der Arbeitskonflikte, werden wir unser Land bald nicht mehr wiedererkennen“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsit-

zende Frank-Walter Steinmeier. Die besondere deutsche Stärke des Arbeitsfriedens durch die kooperative Verantwortung der Sozialpartner wäre dahin.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt deshalb den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und den Arbeitgeberverband (BDA), die einen gemeinsam Vorschlag für eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit gemacht haben. Gleichzeitig fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, ohne Verzögerung einen Gesetzentwurf vorzulegen. ■

Wie bewerten Sie das schwarz-gelbe Sparpaket grundsätzlich?

Das so genannte Sparpaket ist eine Mischung aus Luftbuchungen, Kürzungen an der falschen Stelle und fehlender sozialer Balance. In vielen Bereichen wird nicht das eingespart werden können, was Schwarz-Gelb verspricht. In anderen Bereichen wird an der falschen Stelle gekürzt, zum Beispiel bei Langzeitarbeitslosen oder Familien: Das hat eine massive soziale Schieflage und ist auch kurzsichtig. Wer bei der Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen spart, nimmt dauerhaft höhere Ausgaben für Arbeitslosigkeit in Kauf. Wenn man sich insgesamt ansieht, wie die Koalition in den letzten acht Monaten agiert hat – am Anfang Geschenke für die eigene Klientel, für Hoteliers und reiche Erben, und jetzt Kürzungen bei den sozial Schwächsten, kann man nur sagen: Das Ganze ist dilettantisch und falsch.

Müsste nicht da die logische

Schlussfolgerung lauten:

Schwarz-Gelb hat abgewirtschaftet, Neuwahlen müssen her?

Es ist richtig, dass jeder weitere Tag mit dieser Regierung nicht gut fürs Land ist. Aber ich mache mir keine Illusionen: CDU/CSU und FDP werden sich bis 2013 an die Macht klammern. Umso wichtiger ist es, dass man Opposition organisiert, hart attackiert und Alternativen benennt. Wir werden das als SPD tun und gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden wie den Gewerkschaften den Protest gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung organisieren. Ganz Deutschland weiß, dass Schwarz-Gelb nach knapp acht Monaten am Ende ist, aber Merkel und Westerwelle kleben an ihren Sesseln fest. Wir haben die Möglichkeit, unsere Alternativen im Bundestag deutlich zu machen. Und wir müssen Schritt für Schritt bei den Landtagswahlen dafür sorgen, dass es andere Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat gibt. Die NRW-Wahlen waren dafür ein Schritt in die richtige Richtung.

Schwarz-Gelb hat angekündigt, größere Teile des Sparpakets am Bundesrat vorbei durchzuprüfeln. Ist das legitim?

Wir wissen erst, wenn die Regierung ihre Gesetze vorgelegt hat, was zustimmungspflichtig ist und was nicht. Tatsache ist: Wir können nicht alles im Bundesrat aufhalten, aber vieles. Die Bundesratsmehrheiten sind wichtig und eine Möglichkeit, die Politik von CDU/CSU und FDP an der einen oder anderen Stelle zu korrigieren. Wichtig ist aber vor allem, immer wieder deutlich zu machen, dass die Mehrheit der Menschen hierzulande diese unsolidarische Politik nicht will. Dazu gibt es in nächster Zeit ausreichend Gelegenheit bei den kommenden Landtagswahlen.

Was ist an den Sparbeschlüssen von Schwarz-Gelb aus arbeits-

»Jeder Tag mit dieser Regierung ist nicht gut fürs Land«

Das Sparpaket der Bundesregierung ist unsozial, dilettantisch und falsch, urteilt Hubertus Heil, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag. Im Interview erklärt er, wie Haushaltskonsolidierung, Impulse für die Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit zusammen erreicht werden können.



und sozialpolitischer Sicht besonders zu kritisieren?

Im Bereich des Arbeits- und Sozialministeriums wird an der falschen Stelle gekürzt. Natürlich kann man auch im Haushalt dieses Ministeriums sparen – zum Beispiel 1,5 Milliarden Euro jährlich, wenn wir einen gesetzlichen Mindestlohn hätten und damit aufstockende Zahlungen für Niedriglöhne wegfallen. Lohndumping ist nicht nur unwürdig für die betroffenen Beschäftigten, es belastet auch die Bundeskasse, alle Steuerzahler und alle Beschäftigten. Die Bundesregierung bewegt an dieser Stelle gar nichts, stattdessen will sie etwa bei den Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit kürzen. Das trifft vor allem jüngere Beschäftigte, Alleinerziehende und ältere Langzeitarbeitslose. Wer an dieser Stelle kürzt, wird dauerhaft mit Langzeitarbeitslosigkeit leben müssen. Das wird die SPD-Bundestagsfraktion keinesfalls akzeptieren.

Der Staat hat aber doch weniger ein Ausgaben- sondern eher ein Einnahmeproblem.

Das ist richtig – besonders deutlich wird das in den Kommunen, die durch weggefallene Steuereinnahmen, aber vor allem auch durch eine falsche schwarz-gelbe Steuerpolitik in Not geraten sind. Statt ihre Einnahmen zu erhöhen, stellt Schwarz-Gelb sogar die Gewerbesteuer in Frage. Wenn man mehr in Schulen, in Straßen, in Infrastruktur vor Ort investieren will, dann muss man dafür sorgen, dass Kommunen, und auch die Länder und der Bund, handlungsfähig sind.

Was muss sich in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ändern, um die öffentlichen Haushalte nachhaltig zu konsolidieren?

Die wichtigste Frage ist: An welcher Stelle kann man tatsächlich sparen? Sparen kann man zum Beispiel durch den Verzicht auf Klientelgeschenke wie dem Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers. Mehreinnahmen kann man etwa durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns erzielen. Wir brauchen aber auch eine andere Verteilung der gesellschaftlichen Lasten. Kleine und mittlere Einkommensbezieher tragen

überproportional viel zur Finanzierung des Gemeinwesens bei, Spitzenverdiener viel zu wenig. Sie bleiben von den Sparmaßnahmen verschont. Das widerspricht dem Gerechtigkeitsempfinden der Mehrheit. Deshalb wollen wir, dass gut Verdienende mehr zur Verantwortung gezogen werden, etwa um im Bildungswesen gleiche Chancen für alle – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern – zu erreichen. Wir müssen den Staat handlungsfähig machen und dafür sorgen, dass nicht immer mehr Schulden zu Lasten der kommenden Generationen gemacht werden. Aber man kann auch „dumm“ kürzen. Und genau das macht Schwarz-Gelb – zu Lasten von Familien und Arbeitslosen.

Welches Modell setzt die SPD dem schwarz-gelben Sparpaket entgegen?

Wir müssen an drei Punkten ansetzen. Erstens: Wir müssen anders als die Bundesregierung an der richtigen Stelle sparen. Zum zweiten müssen die Lasten gerechter verteilt werden. Das heißt auch, dass wir einen höheren Spitzensteuersatz brauchen. Der kann später einsetzen als bisher. Aber er sollte deutlich machen, dass auch diejenigen mit den breiten Schultern zur Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben herangezogen werden. Wir brauchen aber auch eine Finanztransaktionssteuer. Drittens kann man Haushaltskonsolidierung nicht betreiben ohne wirtschaftliche Dynamik und Wachstum. Deshalb ist es falsch, dass die Maßnahmen von Schwarz-Gelb die Kaufkraft der Menschen und damit die Binnenfrage schwächen. Unser Gegenentwurf versucht faire Lastenverteilung, Haushaltskonsolidierung und wirtschaftliche Impulse zu verbinden, damit wir tatsächlich mit Schwung aus der Krise kommen und ein Gemeinwesen bleiben. Das ist ein klarer Unterschied zu Schwarz-Gelb. ■

Mehr zum Thema:

www.spdfraktion.de

Endlager Gorleben

Weltweit gibt es kein einziges Endlager für hoch radioaktive Abfälle. Niemand hat ein Patentrezept für die dauerhafte Einlagerung von Atommüll, der aus heutiger Sicht noch im Jahre 90010 radioaktive Strahlung abgibt und ganze Länder verseuchen könnte. Bei 436 Kernkraftwerken weltweit hat die Menschheit also ein Problem. Deutschland hat ein zweites: Deutschland hat Gorleben. Seit fast 35 Jahren wird in Gorleben erkundet, ob in diesem Salzstock hoch radioaktiver Atommüll dauerhaft eingelagert werden kann. Seit 35 Jahren wird darüber gestritten. Und zwar politisch, wissenschaftlich und juristisch. Für viele Beobachter ist die politische Einflussnahme der Kohl-Regierung erwiesen. Von Greenpeace veröffentlichte Dokumente zeigen das eindeutig. Belegt wird dies auch durch einen Bericht des ehemaligen Bundesumweltministers Sigmar Gabriel (SPD) aus dem September 2009. Trotz aller wissenschaftlichen Kritik am Endlager Gorleben lässt Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) Gorleben dennoch weiterhin erkunden – ohne nach Alternativen zu suchen. ■

»Es gab eine Weisung der Bundesregierung«

Gorleben-Untersuchungsausschuss: Zeuge bestätigt Manipulation.

Die erste Regierung Kohl hat 1983 massiv Einfluss auf die Untersuchung des Salzstocks Gorleben genommen. Diese Schlussfolgerung drängt sich bereits nach den ersten Zeugenaussagen im Gorleben-Untersuchungsausschuss des Bundestages Anfang Juli auf. Für Ute Vogt, Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss, ist klar: „Die Befragung von Professor Helmut Röthemeyer, ehemaliger Abteilungsleiter der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), belegt eindeutig, dass es im Mai 1983 eine Weisung der Bundesregierung gab, den Zwischenbericht der PTB zur Bewertung Gorlebens abzuändern.“

Aufgabe des Untersuchungsausschusses Gorleben, der auf Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke eingesetzt wurde, ist es zu klären, ob bei der Entscheidung zur alleinigen Erkundung Gorlebens als Endlager für den Atommüll wissenschaftliche Erkenntnisse oder politische Vorgaben ausschlaggebend waren.

Der ehemalige PTB-Abteilungsleiter Röthemeyer sagte aus, dass die Erkundung von Alternativ-Standorten nur un-

ter „enormem finanziellen und zeitlichen Aufwand“ möglich gewesen wäre. Auf Intervention des Bundesinnenministeriums und des Kanzleramtes sollten die Wissenschaftler auf die Suche nach alternativen Standorten verzichten. Er berichtete dem Ausschuss über ein „sehr hartes“ Gespräch im Mai 1983, bei dem sein Wunsch nach einer fachlichen Diskussion schnell keine Rolle mehr gespielt hätte. „Es wurde nur noch das entsorgungspolitische Argument diskutiert.“ Röthemeyer stellte fest, es habe immer wieder Überlegungen für eine alternative Standortsuche gegeben. Er habe niemals gesagt, dass Gorleben

der bestmögliche Standort sei, und dabei bleibe er auch heute noch: „Gorleben kann durchaus noch ungeeignet sein.“

Heinrich Illi, in den 1980er Jahren wissenschaftlicher Angestellter der PTB, bestätigte im Ausschuss direkten Einfluss auf den Zwischenbericht. Vertreter der Regierung hätten sich im Mai 1983 für eine Streichung von Passagen eingesetzt. Dabei sei es um die Empfehlung gegangen, auch andere Standorte zu suchen. Illi: „Wir hatten diese Suche empfohlen, da wir nicht wussten, wie es unter Tage in Gorleben aussieht. Und wir gingen von erheblichen Abfallmengen aus.“ Fakt sei, dass die Weisung, auf die Empfehlung für eine weitere Suche zu verzichten, einen politischen Hintergrund gehabt habe. „Für die SPD ist damit erneut bewiesen“, fasst Ute Vogt zusammen, „nicht Wissenschaftler, sondern Politiker haben über Gorleben entschieden. Die im Ausschuss belegte Weisung der Kohl-Regierung ist als politische Einflussnahme zu werten.“ ■



Die SPD steht zum Atomausstieg und will alles tun, um eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke zu verhindern.

Kein Ausstieg aus dem Atomausstieg

Bis September will die schwarzgelbe Bundesregierung über die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke (AKW) entscheiden. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Ein Ausstieg aus dem Atomausstieg ist mit ihr nicht drin. Auch beim Thema Laufzeitverlängerung der AKW zeigt Schwarz-Gelb, dass es der Regierung vorrangig darum geht, ihre Klientel – hier die Atomlobby – zu bedienen. Das bekam auch Bundesumweltminister Norbert Röttgen unlängst zu spüren. In einer CDU-Präsidiumssitzung beschwerten sich die Atomfreunde aus dem Süden und Südwesten der Republik darüber, wie er es habe zulassen können, dass der von der Bundesregierung bestellte Sachverständigenrat für Umwelt eine Studie vorlegt, nach der bis 2050 problemlos die Vollversorgung Deutschlands mit Erneuerbaren Energien möglich sei und eine AKW-Laufzeitverlängerung das schwieriger und teurer mache. Noch schlimmer aus Sicht der Kernspalter war, dass er den ehemaligen Präsidenten des Bundes-

verfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier beauftragt hat, ein Gutachten zur Zustimmungspflicht des Bundesrats für die Laufzeitverlängerung zu erstellen.

Die heftigen Reaktionen der Atomfreunde sind verständlich – schließlich geht es um viel: Bei einer Laufzeitverlängerung auf insgesamt sechzig Jahre könnten sich die Stromriesen über

zusätzliche Gewinne von rund fünfundsiebzig bis neunzig Milliarden Euro freuen. Ulrich Kelber, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, stellt fest: „Dieses Geldgeschenk geht zu Lasten der Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger. Dabei wird die nicht geklärte Endlagerung ebenso wenig thematisiert, wie das Restrisiko

eines nuklearen Zwischenfalls.“ Die SPD wird sich mit allen politischen und rechtlichen Mitteln einer Laufzeitverlängerung entgegenstellen: Sollte sich herausstellen, dass Schwarz-Gelb längere Laufzeiten von AKW ohne den Bundesrat beschließen will, auch mit dem Gang vor das Bundesverfassungsgericht. ■

Datenschutzgesetz geht in die falsche Richtung

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar wählte klare Worte: Mit dem Entwurf aus dem Innenministerium (BMI) für einen besseren Schutz der Beschäftigten im Datenschutzgesetz, könne der Eindruck entstehen, was in Unternehmen wie Lidl oder der Bahn AG beanstandet wurde, solle „nun nachträglich legalisiert werden“. So erlaube der Entwurf die Überwachung schon, um arbeitsvertragliche Nebenpflichten zu kon-

trollieren. Aus Arbeitnehmersicht muss ein verbesserter Beschäftigten-Datenschutz den Einzelnen davor zu schützen, dass durch Datenmissbrauch und Überwachung am Arbeitsplatz sein grundrechtlich geschütztes Persönlichkeitsrecht eingeschränkt wird.

Ganz anders das BMI: Vorgesehen ist, den Datenschutz vor allem dem Interesse der Unternehmen an Korruptionsbekämpfung un-

terzuordnen. Die SPD-Fraktion bleibt deshalb bei ihrer Forderung nach einem eigenständigen Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz und hat dazu vor langem einen eigenen Entwurf vorgelegt. „Die Datenschutzskandale der Vergangenheit belegen: Wir brauchen ein Gesetz, das das Persönlichkeitsrecht der Beschäftigten wirklich schützt“, erklärt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Olaf Scholz. ■

Stillstand beenden

Finanztransaktionssteuer: Die Kanzlerin muss den Worten endlich Taten folgen lassen.



Überall auf der Welt fordern die Menschen, die Verursacher der Krise angemessen an deren Kosten zu beteiligen – zum Beispiel mit einer Finanztransaktionssteuer.

Die Ergebnisse des G20-Gipfels ernüchtern: Einmal mehr haben die wirtschaftlich und finanziell stärksten Staaten der Welt die Bekämpfung der Ursachen für die weltweite Finanzkrise auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben.

Bislang letztes unrühmliches Kapitel im Kampf gegen die Folgen der weltweiten Finanzkrise ist der vergebliche Versuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel, den G20-Gipfel von einer notwendigen Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise zu überzeugen. Dabei

hatte Merkel selbst noch Mitte Mai auf dem DGB-Kongress in Berlin einer Finanztransaktionssteuer eine Absage erteilt – es sei denn, es gebe bereits im Vorfeld genügend andere Unterstützer. Erst kurz vor dem Gipfel in Kanada war von einer Kehrtwende im Bundeskanzleramt die Rede.

Doch „im Hinblick auf die Regulierung des Finanzsektors und eine Beteiligung des Sektors an den Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Ergebnisse des Gipfels völlig unzureichend“, erklärt Carsten Sieling, zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundes-

tagsfraktion. Der Gipfel Ende Juni hat weder über eine globale Finanztransaktionssteuer noch über eine Bankenabgabe eine Entscheidung getroffen. „Der Bundeskanzlerin fehlte es an der Kraft, eine Mehrheit für die Steuer innerhalb der G20 zu organisieren“, urteilt Angelica Schwall-Düren, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass die Kanzlerin nun ihre Ankündigung, zusammen mit Frankreichs Staatspräsident Sarkozy eine europäische Finanztransaktionssteuer einzu-

führen, zügig umsetzt. „Die Steuerzahler haben keine Zeit zu verlieren. Statt erneuter bloßer Lippenbekenntnisse der Bundeskanzlerin brauchen wir jetzt ein glaubwürdiges und ehrliches Eintreten der gesamten Bundesregierung für die Einführung einer europäischen Transaktionssteuer“, betont Sieling. Immerhin könnte eine Finanztransaktionssteuer je nach Ausgestaltung zwischen 14 und 30 Milliarden Euro pro Jahr in die öffentlichen Haushalte spülen.

Joachim Poß, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, hat wiederholt angemahnt, die Zeit des Stillstands und der reinen Lippenbekenntnisse auf diesem zentralen Politikfeld endlich zu beenden. „Wir brauchen dringend so etwas wie einen deutschen Aktionsplan, ein konkretes Konzept, wie Deutschlands Beitrag zur nachhaltigen und dauerhaften Stabilisierung der Finanzmärkte und des Bankensektors aussehen soll“, forderte er bereits im Januar anlässlich der Einbringung des SPD-Antrags zur Finanztransaktionssteuer in den Bundestag. ■

Mehr Mitbestimmung

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Erweiterung der Unternehmensmitbestimmung vorzulegen. Derzeit sorgen in Deutschland das Drittelbeteiligungs-, das Mitbestimmungs- und das Montanmitbestimmungsgesetz für eine demokratische Teilhabe der Belegschaften und ihrer Vertretung an unternehmerischen Entscheidungen. Wie wichtig das ist, hat die Krise gezeigt. Die SPD will einen Mindestkatalog im Aufsichtsrat zustimmungspflichtiger unternehmerischer Entscheidungen gesetzlich festschreiben, etwa wenn es um Betriebsschließungen, Standortverlagerungen und Unternehmensverkäufe geht. Zudem sollten die Schwellenwerte für die Mitbestimmung herabgesetzt und eine „echte Parität“ zwischen Arbeitnehmern und Unternehmensvertretern in den Aufsichtsräten geschaffen werden. Verhindert werden soll im Übrigen auch, dass Firmen durch die Gründungen von Unternehmen ausländischer Rechtsform mit Niederlassung hierzulande die deutschen Mitbestimmungsgesetze umgehen. ■

Europa: Mehr Demokratie wagen

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde auch die Europäische Bürgerinitiative eingeführt. Wenn mehr als eine Million EU-Bürgerinnen und -Bürger aus einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten die EU-Kommission auffordern, in einem europäischen Politikbereich initiativ zu werden, dann muss sie das künftig tun. Bisher gibt es dieses Instrument nur auf dem Papier – eine entsprechende EU-Richtlinie muss noch die genaue Ausgestaltung der Bürgerinitiative festlegen. Ende März hat die EU-Kommission einen Vorschlag dazu vorgelegt. Aus Sicht

der SPD-Bundestagsfraktion sind darin die Hürden für die direkte Beteiligung der EU-Bürger zu hoch gesetzt. Sie hat deshalb die Bundesregierung aufgefordert, sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, das neue Instrument so bürgerfreundlich wie möglich auszugestalten. Dazu gehört beispielsweise die Mindestanzahl der Mitgliedstaaten, aus denen die Unterstützungsbelegungen kommen müssen, auf ein Viertel zu begrenzen. Ebenso schlägt sie vor, den Zeitraum für die Sammlung der Unterschriften auf 18 Monate auszuweiten.

Die Sozialdemokraten in Europa wollen das neue Instrument, sobald es Gesetz ist, auch nutzen. Sollten etwa EU-Kommission, Ministerrat und EU-Parlament nicht bald die europaweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer beschließen, dann wollen deutsche und österreichische Sozialdemokraten mit einem europäischen Volksbegehren für eine Steuer auf Börsenumsätze europaweit mobilisieren. ■

Mehr zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Vorgestellt



Angelica Schwall-Düren

Mit Leidenschaft setzt sich Angelica Schwall-Düren (61) für die europäische Idee ein. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, zuständig für Angelegenheiten der EU, sieht als zentrale Aufgabe, dass in allen Arbeitsfeldern der SPD-Bundestagsfraktion der europäische Gedanke berücksichtigt wird. Ihr Motto: Es liegt auch an den nationalen Politikern zu beweisen, dass Europa das Leben der Bürgerinnen und Bürger verbessert. Ihr Ziel: ein soziales Europa, in dem Chancengleichheit, Solidarität, aber auch mehr Bürgernähe verwirklicht werden. Schwall-Düren sitzt seit 1994 im Bundestag. ■



Ulrich Kelber

„Leben und Wirtschaften müssen so gestaltet sein, dass unsere Kinder und Enkel eine gute Zukunft haben – ökonomisch, sozial, ökologisch und kulturell.“ Nachhaltigkeit ist das übergeordnete Ziel, das Ulrich Kelber (42) als SPD-Bundestagsabgeordneter verfolgt. Der stellvertretene Fraktionsvorsitzende und Koordinator der SPD-Arbeitsgruppen Nachhaltigkeit, Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz setzt sich konsequent für Bürgerinteressen ein. Dazu gehört, „dass wir unseren Kindern nicht nur eine intakte Umwelt, sondern auch intakte Finanzen hinterlassen“. Die Wähler in seinem Wahlkreis in Bonn wissen das zu schätzen – bereits zum dritten Mal konnte er 2009 das Direktmandat gewinnen. ■

SPD fordert nationalen Bildungspakt

Die schwarz-gelbe Bildungspolitik ist gescheitert.

// Die SPD-Bundestagsfraktion will mit einem nationalen Bildungspakt Qualität und Chancengleichheit in der Bildung sichern. //

Auch der dritte Bildungsgipfel der Bundesregierung im Juni ist gescheitert. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Schuld daran war nicht nur der Streit ums Geld, sondern vor allem die konzeptlose Bildungspolitik von Schwarz-Gelb. Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Fraktion, kritisiert: „Kein Bürger und keine Bürgerin kann nachvollziehen, dass nach zwei Jahren, zwei Gipfeln und einem Wasserfall von Absichtserklärungen der Bundesbildungsministerin nun am Ende keine Fortschritte erzielt werden konnten.“ Die Regierungskoalition verfähre nach dem Motto: „Alle sind schuld, nur wir nicht“. „Dabei war es diese Koalition, die mit ihrer Steuerpolitik die Finanzkraft der Länder ausgehöhlt hat“, betont Rossmann. Die Folge: Das Hauptziel, die Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben, ist gescheitert. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, ohne Wenn und Aber am Zehn-Prozent-Ziel festzuhalten und einen konkreten Zeitplan vorzulegen.

Was in der Bildungspolitik getan werden muss, hat die SPD-Bundestagsfraktion in jüngster Zeit in mehreren Anträgen im Bundestag dargelegt. Sie fordert einen nationalen Bildungspakt für eine starke Bildungsinfrastruktur. Das SPD-Konzept umfasst alle Stufen des Bildungssystems – von der Krippe bis zur Uni. Eine bessere frühkindliche Bildung soll durch den Ausbau der Betreuungsangebote und eine Fachkräfteoffensive im Kita-Bereich erreicht werden. Schülerinnen und Schüler sollen durch individuelle Förderangebote gestärkt und das Ganztagschulprogramm ausgebaut werden. Um die Zahl der Schulabbrecher zu senken, sollen die Sozialarbeit an Schulen ausgebaut und kostenloser Förderunterricht gewährleistet werden. Scharfe Kritik übt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dagmar Ziegler an den schwarz-gelben Plänen zur Studienfinanzierung: „Stipendien-Programm, Bildungsbünd-



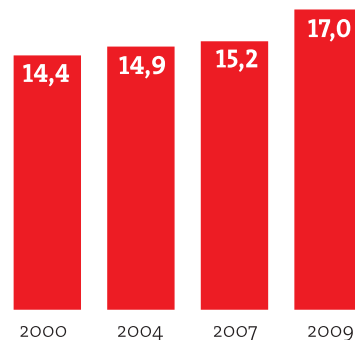
Bildung muss vom ersten Tag an kostenfrei sein.

nisse, Bildungssparkonten – in der Ankündigungsliste von Frau Schavan ist wenig dabei, was die Bildung wirklich voran bringt.“ Es reiche nicht aus, wenn die Bundesregierung ein wenig

mehr Geld für Bildung in die Hand nehme. Sie müsse das Geld auch richtig einsetzen und sich von falschen Ideen und Projekten verabschieden, so Ziegler. Besonders das „sozial unsensible Stipendien-Programm“, die Investition in private Fördervereine und Bildungssparkonten verursachten hohe Kosten und verstärkten die soziale Auslese im Bildungssystem. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt dagegen: Bildung muss kostenfrei sein und das vom ersten Tag an. Mit dem Vorschlag für einen nationalen Bildungspakt zeigt sie, wie das funktionieren kann. ■

Immer mehr Ungelernte

Anteil der 20- bis 29-Jährigen ohne Berufsausbildung (in Prozent)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, BMBF, BIBB, DGB

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

Mehr als 1,5 Millionen der 20- bis 29-Jährigen haben keinen Berufsabschluss. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die auch drei Jahre nach ihrem Schulabschluss noch keine Berufsausbildung aufnehmen konnten.

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
 Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Erscheinungsweise: viermal jährlich
 Herstellung: Network Media GmbH
 Redaktion: Anja Linnekugel
 Texte: Anne Graef, Sebastian Henneke, Thomas Lehmann
 Druck: Frankenpost Verlag GmbH
 Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.
 Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:
 – per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin
 – per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de
 – per Fax: 030/22756800